

Darum komme ich noch einmal darauf zurück, dass Sie sagen, wir müssten da weitermachen. Ja, dann werde ich in absehbarer Zeit mit Wünschen kommen, die Ihrer Unterstützung bedürfen; denn die kosten Geld. Über das hinaus, was im Haushalt steht, habe ich beim Finanzminister leider nicht mehr loseisen können. Aber bei der Technik brauchen wir noch einiges, und die ist teuer.

Herzlichen Dank für die breite Unterstützung. Herzlichen Dank dafür, dass Sie alle das gut finden. Herzlichen Dank für die Anerkennung der Arbeit und der Erfolge. Ich erlaube mir dann, Anfang des nächsten Jahres vielleicht den Preis zu kassieren, und hoffe, dass Sie auch dann intensiv mit derselben Mehrheit sagen: Wir machen weiter. – Jetzt erst einmal herzlichen Dank dafür.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Biesenbach. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen zum Tagesordnungspunkt 11 nicht vor, sodass wir am Schluss der Aussprache angelangt sind und zur Abstimmung kommen können.

Da die antragstellenden Fraktionen direkte Abstimmung beantragt haben, frage ich nunmehr, wer dem Inhalt des Antrags Drucksache 17/15874 zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU, der Fraktion der FDP, der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der AfD. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Gibt es Kolleginnen oder Kollegen, die sich der Stimme enthalten wollen? – Das ist ebenfalls nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass der **Antrag Drucksache 17/15874** einstimmig **angenommen** wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe damit auf:

12 Gesetz zur Umsetzung des Anästhesietechnische- und Operationstechnische-Assistenten-Gesetzes in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14303

Beschlussempfehlung
des Ausschusses
für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Drucksache 17/15918

zweite Lesung

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16059

Ich klopfe mir jetzt einmal selbst auf die Schulter, dass ich „Gesetz zur Umsetzung des Anästhesietechnische- und Operationstechnische-Assistenten-Gesetzes“ fehlerfrei ausgesprochen bekommen habe.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP, den GRÜNEN und Dr. Martin Vincentz [AfD])

Mal gucken, ob alle anderen das nachher auch so gut hinbekommen.

Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, dass zu diesem Tagesordnungspunkt eine Block-I-Debatte geführt werden soll.

Deswegen darf ich dem Kollegen Preuß für die Fraktion der CDU das Wort geben, um den Reigen der Redner zu diesem Tagesordnungspunkt zu eröffnen. Bitte sehr, Herr Kollege.

Peter Preuß (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich spreche zum Thema „Heilberufsgesetz“, insbesondere zum Thema „Pflegekammer“.

Heute Nachmittag habe ich mit Interesse die Pressemitteilung der sozialdemokratischen Fraktion zur Kenntnis genommen, in der die Erkenntnis formuliert ist, dass eine Kammer ohne Beitragszahlungen keine Kammer sei. Ich weiß nicht, was damit gesagt werden soll. Jedenfalls bin ich immer davon ausgegangen, dass das der Knackpunkt ist. Wir wollen dieses Thema auch mit dieser Gesetzesänderung zum Heilberufsgesetz aufgreifen.

Wir haben hier im Parlament mit breiter Mehrheit die Voraussetzungen für die Errichtung einer Pflegekammer in Nordrhein-Westfalen geschaffen. Sie wird der Pflege in unserem Gesundheitssystem ohne Zweifel eine gewichtige Stimme geben.

Wir müssen aber auch zur Kenntnis nehmen, dass angesichts der Coronakrise, die zu einer enormen Belastung insbesondere des Pflegepersonals geführt hat, ein reguläres Registrierungsverfahren mit gesetzlich vorgegebenen Fristen schwer umzusetzen ist. Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit darüber, welche Vorteile eine Pflegekammer für die Pflege bringen wird, ist digital oder schriftlich in kurzer Zeit nur schwer zu leisten. Entsprechende Hinweise sind an uns herangetragen worden.

Deshalb wollen wir die im Gesetz geregelten Fristen zur Erfassung der Pflegekräfte und zur Durchführung einer konstituierenden Kammerversammlung angemessen verlängern.

Um zu ermöglichen, dass die Kammer gerade in ihrer Gründungsphase ihre Arbeit erfolgreich beginnen kann, räumen wir ihr die Möglichkeit ein, für die Gründungsphase bis längstens 2027 auf die Erhebung von Beiträgen zu verzichten. Das ist in keiner Weise ein Zurückrudern oder Einknicken. Vielmehr ist es

nach wie vor so, dass wir zur Pflegekammer und deren Vorteilen für den Pflegeberuf stehen.

Abschließend ist erfreulicherweise zu bemerken, dass die Ampelkoalition in Berlin nun auch den Weg zur Selbstbestimmung und Selbstverwaltung der Pflege gehen und hierzu Erkenntnisse erlangen will, wie es denn dann gehen kann.

(Zuruf von Regina Kopp-Herr [SPD])

Wir machen es vor. Wir sind in NRW bereits einen großen Schritt weiter – im Interesse der Pflegenden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Preuß. – Für die Fraktion der SPD hat nun Frau Kollegin Lück das Wort. Bitte sehr, Frau Abgeordnete.

Angela Lück¹⁾ (SPD): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf der Tagesordnung steht das Gesetz zur Umsetzung des Anästhesietechnische- und Operationstechnische-Assistenten-Gesetzes in Nordrhein-Westfalen. Da erreicht uns der Änderungsantrag. Hucklepack soll auch noch das Heilberufsgesetz geändert werden. Dass Sie so vorgehen, ist kein Einzelfall, sondern wiederholt sich. Ich muss sagen: Das ist kein guter politischer, parlamentarischer Stil. – Dies sei einmal vorneweg bemerkt.

(Beifall von der SPD)

In der letzten Sitzung vor gerade einmal drei Wochen haben wir hier den Antrag der SPD-Fraktion beraten, in dem wir ein Moratorium und eine Urabstimmung unter den Pflegenden gefordert haben. Wir wollten das Moratorium,

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Jetzt erklären Sie uns, warum!)

weil wir die Mehrheit der Pflegenden nach ihrer Meinung dazu fragen wollten.

Die Redner der regierungstragenden Parteien und der Grünen haben eine deutliche Sprache gesprochen. Sie waren gegen ein Moratorium und sahen damit sogar schon das Ende der Pflegekammer kommen.

Dazu zitiere ich Herrn Minister Laumann direkt aus dem Protokoll:

„Wenn man aber zum jetzigen Zeitpunkt ein Moratorium durchführen würde, wie Sie es beantragt haben, würde das bedeuten, dass die Pflegekammer in Nordrhein-Westfalen gescheitert ist und sich in dieser Diskussion über viele Jahre hinweg nichts mehr tun wird.“

Und was ist passiert? Wir haben gestern Ihren Antrag bekommen,

(Minister Karl-Josef Laumann: Nein, nein, nein!)

und Sie fordern in diesem Antrag, dass sich die erste Kammerversammlung auf Ende 2022 verschiebt und eine Aussetzung der Mitgliedsbeiträge bis 2027 erfolgt.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist nichts anderes als ein Moratorium,

(Beifall von Josef Neumann [SPD])

und zwar eines, das sicherheitshalber gleich über die nächste Wahlperiode hinausgeht.

(Beifall von der SPD)

Seit heute ist klar: Wir haben ein Moratorium gefordert. Sie liefern nun eines durch die Hintertür. Ich glaube, dass Sie tatsächlich nervös geworden sind.

Die Pflegebündnisse und die Pflegenden haben hier in Nordrhein-Westfalen eine deutliche Sprache gesprochen. Sie protestieren wiederholt gegen das rigorose Vorgehen der Landesregierung.

Vielleicht hat ja auch der Ministerpräsident, die Landtagswahl und der Zorn der Pflegekräfte vor Augen, ein Machtwort gesprochen? Wir wissen es nicht.

Aber wir wissen, dass Sie sich dieses Mal wirklich von Ihrem Kurs abgewendet haben und unseren klugen Argumenten Folge leisten. Das würden Sie natürlich nie zugeben.

(Beifall von der SPD)

Schwer interessant ist natürlich, was das denn alles kostet. Bei der Einführung der Pflegekammer gab es eine Anschubfinanzierung von rund 6 Millionen Euro über drei Jahre hinweg. Das war den Errichtern der Pflegekammer wichtig, weil die Pflegekammer vom Land, vom Staat und generell von jedermann unabhängig sein soll. Ansonsten hätte man auch das bayerische Modell wählen können, aber das wollten Sie nicht.

Zählen wir jetzt zusammen, wie viele Landesmittel bis 2027 in die Pflegekammer fließen, dann kommen wir von einer Anschubfinanzierung von 6 Millionen Euro auf gerade mal 49,5 Millionen Euro Anschubfinanzierung für die Pflegekammer.

(Beifall von Heike Gebhard [SPD] – Gordan Dudas [SPD]: Hört, hört!)

Das hätten Sie mit der Urabstimmung günstiger kriegen können, Herr Laumann.

(Heike Gebhard [SPD]: Die große Freiheit!)

Wahrscheinlich wäre das politisch aber nicht so angenehm gewesen.

(Beifall von der SPD – Zuruf)

Sie wollen die Pflegekräfte damit ködern,

(Zuruf von Gordan Dudas [SPD])

dass sie sich registrieren lassen, weil das von insgesamt über 220.000 Pflegekräften in Nordrhein-Westfalen nur 60.000 gemacht haben. Sie unterstellen auch, dass sie sich dann vielleicht leichter registrieren lassen, weil sie keine Beiträge zahlen müssen. Das beinhaltet wiederum, dass Sie unterstellen, die Pflegekräfte würden die Pflegekammer vielleicht nicht wollen oder dagegen protestieren, weil es ums Geld geht. Den Pflegekräften geht es aber nicht nur ums Geld, sondern es geht ihnen um die Inhalte.

(Zurufe)

Außerdem weiß man auch noch gar nicht, welche Finanzbedarfe es ab 2028 gibt.

(Zurufe)

Wir haben immer gesagt, dass die Pflegekräfte entscheiden sollen, ob es eine Pflegekammer geben soll, und wir haben ein Moratorium gefordert, das nun faktisch – allerdings zu einem enorm hohen Preis für die Staatskasse – durchgeführt wird. Im Mai des nächsten Jahres wird darüber entschieden, was in den kommenden Jahren mit der Pflegekammer und mit den berechtigten Interessen der Pflegekräfte passiert. Da hilft auch kein Taktieren mehr, denn bis dahin wird nicht vergessen sein, dass es die SPD war, die immer an der Seite der Pflege gestanden hat.

(Beifall von der SPD)

Weil wir den Grundsatz des Moratoriums verwirklicht sehen, stimmen wir dem Änderungsantrag und dem Gesetzentwurf zu. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Lück. – Für die FDP-Fraktion hat Frau Kollegin Abgeordnete Schneider das Wort.

Susanne Schneider (FDP): Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte mich so gefreut, dass die Landtagspräsidentin das Gesetz, das wir immer nur ATA-OTA genannt haben, so korrekt beschrieben hat, und jetzt wollen Sie nicht darüber, sondern nur über die Pflegekammer debattieren. Aber gut, das bekommen wir hin. Ich bin flexibel.

Im Errichtungsausschuss, der im September 2020 seine Arbeit aufgenommen hat, sind verschiedene Fachverbände und Gewerkschaften vertreten, und in diesem Jahr sollte die Registrierung erfolgen, um die zur Mitgliedschaft verpflichteten Pflegefachkräfte zu erfassen.

(Zuruf: Genau!)

Wir stellen jedoch fest, dass kurz vor dem Stichtag für die Wählerverzeichnisse zur Kammerwahl deutlich weniger als die Hälfte der in unserem Land Beschäftigten registriert sind.

(Zuruf von der SPD: Das wissen wir auch! – Heike Gebhard [SPD]: Ein voller Erfolg!)

Dafür mag es verschiedene Gründe geben. Eine wesentliche Rolle spielt sicher die Coronapandemie.

(Gordan Dudas [SPD]: Ei der Daus! – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

– Ich finde Corona nicht witzig, werte Kollegen von der SPD.

(Zurufe von der SPD)

Angesichts der erheblichen Belastung von Pflegerinnen und Pflegern in ihrem Arbeitsalltag

(Stefan Zimkeit [SPD]: Sie sind witzig! Das ist das Einzige!)

fehlt vielen die Gelegenheit,

(Unruhe – Die Präsidentin mahnt zur Ruhe.)

sich mit Fragen der Kammer auseinanderzusetzen. Zudem sind Veranstaltungen zur besseren Information über die Kammer und eine direkte Ansprache von Kolleginnen und Kollegen in den Einrichtungen nur sehr eingeschränkt möglich. Eine Rolle spielt aber wohl auch die Kampagne der Kammergegner und aus dem Umfeld der Gewerkschaft ver.di.

Es ist völlig legitim, wenn man sich in der Sache deutlich positioniert. Fragwürdig ist es hingegen, wenn nicht mehr alleine Sachargumente, sondern eher Verbandsinteressen im Vordergrund stehen. Ein Teil der Äußerungen lässt sich nur als unsachliche Stimmungsmache bezeichnen.

Im Ergebnis ist bei vielen Pflegekräften eine große Verunsicherung festzustellen, und es bestehen gerade in Bezug auf die Mitgliedsbeiträge Fragen und Bedenken.

Auch eine aktuelle Entwicklung auf Bundesebene gibt Anlass für eine Neubewertung, denn im Koalitionsvertrag der Ampel wurde vereinbart, dass alle professionell Pflegenden in Deutschland befragt werden sollen, wie sie sich eine Selbstverwaltung der Pflege in Zukunft vorstellen. Selbst wenn noch unklar ist, wie eine derartige Befragung organisiert werden soll, wird sie dennoch eine neue Dynamik in die Debatte um eine Kammer bringen.

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, diese Entwicklungen und Überlegungen lassen eine Wahl zur Kammerversammlung im März des kommenden Jahres nicht mehr als sinnvoll erscheinen. Aus unserer Sicht ist deshalb die unverzügliche Verlängerung der entsprechenden gesetzlichen Fristen

notwendig. Das teilten mir auch sogenannte Kammerkritiker mit.

Die SPD darf aber nicht vergessen, dass sie mit dem Schlechtreden einer Kammer der Interessenvertretung der beruflich Pflegenden geschadet hat.

(Beifall von der FDP und der CDU – Angela Lück [SPD]: Mal zuhören!)

Ich höre jetzt von Ihnen, dass eine Kammer unabhängig sein soll. Welche Kammer kann denn noch unabhängiger sein als eine Kammer, die seitens des Landes finanziell so vernünftig ausgestattet wird, dass sie nicht zunächst mit dem Einzug von Beiträgen beschäftigt ist – in anderen Bundesländern hat das ein Scheitern verursacht –,

(Angela Lück [SPD]: Das sagt die Richtige!)

und als eine Kammer, die ausreichend Mittel zur Verfügung hat, um dann vernünftig zu arbeiten?

Wir halten jedenfalls an dem Ziel fest, eine starke berufliche Interessenvertretung der Pflegenden und eine Aufwertung aller Pflegeberufe zu erreichen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin.

Susanne Schneider (FDP): Die Pflegenden in der Alten- und in der Krankenpflege verdienen größten Respekt und sind es wert, gehört zu werden. – Vielen Dank.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin, entschuldigen Sie, ich suchte eine Gelegenheit, Sie kurz zu unterbrechen, denn es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage von Herrn Abgeordneten Dudas, der auf dem Platz von Herrn Kollegen Rahe sitzt. Wollen Sie diese Zwischenfrage zulassen?

Susanne Schneider (FDP): Sehr gerne.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte sehr.

Gordan Dudas (SPD): Vielen Dank, Frau Kollegin, dass Sie die Frage zugelassen haben. – Sie haben in Ihrer Rede erwähnt, dass die SPD mit der Forderung nach einem Moratorium alles schlechtgeredet hätte. Gleichzeitig haben Sie erwähnt, dass die Ampel, zu der auch die FDP gehört, ebenso ein Moratorium und eine Vollbefragung gefordert habe.

Ich frage Sie deshalb, was falsch ist, wenn wir eine Vollbefragung einfordern und die Bundestagsfraktion der FDP dasselbe einfordert. Das kritisieren Sie nicht.

(Beifall von Dr. Ralf Nolten [CDU] – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das war keine Urabstimmung!)

Susanne Schneider (FDP): Vielen Dank. Es freut mich, dass ich das noch einmal erklären kann. Zum einen haben wir in NRW eine Befragung durchgeführt, die durchaus repräsentativ war. Zum anderen hatten Sie vorhin angemahnt, dass wir mit Blick auf die Finanzen vorsichtig sein sollten. Warum soll Nordrhein-Westfalen also eine Vollbefragung durchführen, wenn der Bund eine solche sowieso plant?

(Angela Lück [SPD]: Applaus bitte! – Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Schneider. – Als nächster Redner hat Herr Abgeordneter Kollege Mostofizadeh für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Mehrdad Mostofizadeh⁹⁾ (GRÜNE): Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Es geht hier auch um die Operationstechnischen Assistentinnen. Diesem Teil des Gesetzentwurfes stimmen wir auf jeden Fall zu.

Im Gegensatz dazu stimmen wir, anders als die SPD, den Veränderungen bei der Kammer nicht zu, sondern werden uns diesbezüglich enthalten, Herr Minister.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Ich will Ihnen auch die Gründe dafür nennen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Raum.

Es hat sich nichts an unserer Meinung geändert, dass wir die Pflegekammer für eine sehr gute Einrichtung halten. Des Weiteren erachten wir die gesetzliche Basis, die dafür geschaffen wurde, für ausreichend.

Es ist nicht in Ordnung, wenn ver.di und andere Protagonisten behaupten, das wäre datenschutzwidrig, eine Zwangskammer usw. Ja, wenn man so möchte, ist es wie jede andere konstituierte Kammer in Deutschland eine Zwangskammer, weil sich alle, die dem Berufsstand angehören und einen bestimmten Titel tragen wollen, dieser Kammer anschließen müssen. Sonst gibt es den Titel nicht oder man darf ihn nicht auf Dauer behalten, weil die berufsständische Aufsicht und die Deklaration bei dem Berufsstand liegen. Das ist so, und dazu stehen wir. Dazu haben wir uns inhaltlich verhalten, und daran hat sich auch gegenüber der letzten Sitzung nichts geändert.

Was sehen Sie hieran jetzt als Moratorium? Ihre Pressemitteilung, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, habe ich bereits mit gutem Gewissen

weiterverteilt, weil ich deutlich machen möchte, worum es Ihnen geht. Es geht nämlich darum, deutlich zu machen, dass der Kampf, den ver.di führt, jetzt auch von der SPD geführt wird, weil man glaubt, dadurch besser zu werden, dass man jemanden anderen schlechtmacht. Ich kann nur sagen: Das ist der völlig falsche Weg, den Sie hier eingeschlagen haben.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU und der FDP)

Ich sage es an dieser Stelle auch noch mal: Ich will, dass die Gewerkschaft ver.di ihre Rolle wahrnimmt, dass sie stark ist, dass sie gegenüber den Arbeitgebern die Interessen der Beschäftigten, nämlich auch von meinen Kolleginnen und Kollegen, durchsetzt. Das ist die Aufgabe einer Gewerkschaft.

Ich kann auch nur alle Kolleginnen und Kollegen in der Pflege aufrufen: Engagiert euch bitte in den Gewerkschaften. Dann ist euer Stand stärker.

Jetzt wird genau der entgegengesetzte Weg gegangen. Es wird so getan, als läge nicht das Problem auf der Seite, wie wir uns fachlich qualifizieren, wie die Fortbildung ausgestaltet wird, wie die Tariflöhne auszusehen haben, dass wir Tarifbindung haben. Das alles ist kein Thema mehr, sondern die Pflegekammer wird als Gegnerin dieser Interessen dargestellt. Da kann ich nur fragen: Was ist da passiert, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass es zu solch einer Auseinandersetzung gekommen ist?

Um noch einmal die Begriffe vom Kopf auf die Füße zu stellen: Es waren immerhin die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, auch mit Unterstützung von engagierten Grünen in Schleswig-Holstein, in Niedersachsen, die die Idee der Pflegekammer massiv nach vorn getragen haben, zum Teil mit persönlichem Einsatz, die in Teilen von Christdemokraten beschimpft worden sind, in besonderer Weise auch von der FDP in Schleswig-Holstein, wenn ich mich richtig zurückerinnere.

Aber was nutzt uns das? Wir sind hier in Nordrhein-Westfalen, in einem stolzen, in dem größten Bundesland mit 18 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern. Wir können uns doch selbst eine Meinung bilden, wofür eine Pflegekammer gut ist und wofür sie nicht gut ist.

Ich kann Ihnen nur sagen: Ich finde den Weg richtig. Ich bin auch der Meinung, dass es das Schönste wäre, wenn wir jetzt schon auf dem Weg wären, die Vorbereitungen für die Bundespflegekammer zu machen, damit wir bei dem, was am Zentralsten ist, nämlich in den G-BA hineinzukommen, sich berufsständisch bundesweit zu engagieren, ein Stück weiterkommen.

Ich bin auch nicht verklärt. Ich weiß ganz genau, dass sich auch an den anderen Kammern nicht alle beteiligen, dass sie zum Teil überschaubare Beteiligungen haben.

Das alles können wir diskutieren, aber das passiert doch gar nicht. Hier passiert eine Scheinauseinandersetzung bzw. eine Auseinandersetzung über Dinge, die ich nicht verstehen kann. Nicht um des Kaisers Bart sollten wir streiten, sondern auf die Inhalte müssen wir schauen.

Warum die SPD jetzt zustimmt, das habe ich mit einem Zuruf verstanden – weil die Kammerwahl nach der Landtagswahl stattfindet und man dann dieses Pflegekammergesetz abwickeln kann. Liebe Kolleginnen und Kollegen, an der Stelle kann ich nur sagen: Das ist eine teure Nummer.

(Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

Politisch müssten Sie sich dann jemanden suchen, der das mitmacht.

(Angela Lück [SPD]: Wir machen die Urabstimmung!)

– Nein. Dann müssten Sie schon schauen.

Jetzt zum Stichwort „Urabstimmung“: Das ist mir ein wichtiger Punkt, darüber haben wir unter den Kolleginnen und Kollegen schon mehrfach geredet. Die Grünen – so viel darf ich spoilern – haben ein hohes Interesse daran, dass sich alle deutschen Pflegekräfte registrieren lassen. Diesen Zustand haben wir doch gar nicht in Nordrhein-Westfalen. Sie haben es selbst gesagt. Wir sind bei 60.000 von 220.000. Es ist doch völlig unklar, wie der Status bei den anderen 160.000 ist oder ob es vielleicht noch mehr sind.

Aber wir hören, dass man schon weiß, dass auch Rentnerinnen und Rentner 300 Euro Jahresbeitrag zahlen sollen. Was man aus den Mails weiß, die alle Kolleginnen und Kollegen hier im Landtag bekommen haben, ist, dass man bei den Fortbildungen über den Tisch gezogen wird.

(Beifall von Dr. Ralf Nolten [CDU])

Ich kann nur sagen: Hört auf mit diesen Fake News!

(Beifall von Dr. Ralf Nolten [CDU])

Kommt zu einer fairen Auseinandersetzung.

(Gordan Dudas [SPD]: Das haben Sie doch gesagt! Das kommt doch nicht von uns! – Weitere Zurufe von der SPD)

Dann können wir darüber reden.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Mostofizadeh. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der AfD Herr Abgeordneter Dr. Vincentz das Wort.

Dr. Martin Vincentz (AfD): Zu solch später Stunde noch solche Wallungen! – Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Eigentlich hätten wir heute nicht mehr über dieses sehr harmlose Gesetz debattiert, sondern es wäre ohne Redebeiträge beschieden worden, und wir hätten auch sehr gern zugestimmt.

(Zuruf von Gordan Dudas [SPD])

Denn das eigentliche Gesetz, um das es heute gegangen wäre, wäre eigentlich eine Petitesse, mehrere Formalitäten, die wir hier beschieden hätten.

Nun ist quasi huckepack – das wurde gerade von der SPD gesagt – die Pflegekammer mit ins Spiel gebracht worden. Man vermutet schon eine gewisse Unehrllichkeit, wenn das so unter dem Radar in einem kurzen Antrag passiert, der dann irgendwie zwischen den Tagen reinflatterte.

Mit diesem Antrag verbunden und mit der Art und Weise, wie er eingebracht wurde, gibt es noch ein paar weitere Kniffe.

Wenn man sich das genau anschaut, dann stellt man vor allen Dingen fest, dass die Kostenfreiheit für die Pflegekräfte erst einmal ein ganzes Stück in die Zukunft geschoben wird. Das wirkt ein bisschen so, als würde man darauf warten, dass sich die Kammergeschichte erst einspielt, um den Pflegekräften dann hinterher mit dem Kostenhammer zu kommen. Das ist eine unehrliche Art und Weise, um einem der Hauptkritikpunkte, um den es bei der Pflegekammer geht, aus dem Weg zu gehen.

Wir haben gerade gehört, das sich das Land das Ganze immerhin 49,5 Millionen Euro kosten lässt, um das Projekt nicht schon an dieser Stelle scheitern zu lassen. Denn das, was sich dort im Hintergrund an aufgebracht Pflege auf den Weg gemacht hat, war durchaus immens.

Ich weiß nicht, wann Sie das letzte Mal so viele Zuschriften zu einem bestimmten Thema bekommen haben. Uns haben durchaus eine ganze Reihe von E-Mails erreicht. Da merkt man schon – entschuldigen Sie den Ausdruck – ein gewisses Muffensausen, wenn auf diese Art und Weise relativ heimlich ein Antrag in ein eigentlich anderes Gesetz „eingeschoben“ wird und man das an dieser Stelle miteinander verquicken will.

Es ist schon spannend, wie sich die Zeiten ändern können, wenn auf der einen Seite sehr vollmundig für die Pflegekammer geworben und auch gesagt wird, dass so viele Pflegekräfte dafür sind, dass man sich in der Art und Weise und in der Sache so sicher ist, und sich dann tatsächlich dazu bemüßigt fühlt, das Thema in dieser Art und Weise noch mal zu eröffnen.

Herr Mostofizadeh, der Konflikt, der mit ver.di entstanden ist – Sie haben das Heft bzw. den Fehdehandschuh ja nun aufgehoben –, ist auch ein Stück

weit mit der Art und Weise verquickt, wie man die Pflegekammer verkauft hat.

Man hat hier im Hohen Haus von Anfang an den Eindruck erweckt, es ginge eben nicht nur darum, in der Kammer vielleicht die Ausbildung in irgendeiner Art und Weise zu regeln, Prüfungen abzunehmen oder die Weiterbildungsordnung anders zu regeln, sondern in den Diskussionen ist immer mitgeschwungen, dass sich die Pflegekammer ja demnächst auch für die Arbeitsbedingungen oder die Bezahlung der Menschen einsetzen könnte.

Dass das explizit gar nicht die Aufgabe der Kammer ist, sondern unter anderem die Aufgabe der Gewerkschaften, wurde im Diskurs immer miteinander verquickt. Dementsprechend ist es doch nur klar, dass sich ver.di an der Stelle auch provoziert fühlt, wenn gleich man sagen muss, dass die Art und Weise, wie dort oftmals argumentiert wird – da gebe ich Ihnen auch wieder recht –, auch nicht ganz richtig ist. Andersherum werden von dort viele Informationen verbreitet, die nicht richtig sind.

Noch einmal: Man kann zum Thema „Kammer“ einigermaßen leidenschaftslos stehen, aber man muss von Anfang an ehrlich kommunizieren und die Limitierungen einer Kammer aufführen. Dann muss man sagen, dass eine bislang staatliche Aufgabe, die eher bei den Bezirksregierungen angesiedelt war, eben in die Kammer ausgegliedert wird und die Pflegekräfte für diese Kammerleistung bezahlen müssen.

Bei den Dingen, die da inbegriffen waren und bei denen man auch versprochen hat, dass die Kammer sie jetzt zu leisten hätte, war von Anfang an klar, dass das eher ein Verkaufsargument, aber in der Realität gar nicht leistbar ist.

Daher muss man schon eine gewisse Unredlichkeit im parlamentarischen Umgang, aber auch insgesamt im Umgang mit der Entstehung der Pflegekammer unterstellen.

Wir werden dem Antrag zustimmen, weil uns viele Anfragen aus der Pflege erreicht haben, die gemerkt haben, dass wir uns hier für die Sache einsetzen, dass wir Anträge dazu gestellt haben, die uns explizit darum gebeten haben, die Fristen weiter aufzuschieben, um an der Stelle vielleicht noch verschiedene Möglichkeiten zu schaffen. Explizit für die Pflege werden wir zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Vincentz. – Für die Landesregierung hat nun Herr Minister Laumann das Wort.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Halten wir doch erst einmal ein paar Gemeinsamkeiten fest. Die Wahrheit ist ja wohl, dass niemand, der die Pflegepolitik in unserem Land seit vielen Jahren kennt, bezweifeln wird, dass es an einer effektiven Interessenvertretung der Pflege fehlt.

(Beifall von der CDU – Heike Gebhard [SPD]:
Die Kammer ist keine Interessenvertretung!)

Der zweite Punkt ist, dass wir in der Bundesrepublik Deutschland aus der Geschichte heraus ein selbstverwaltetes Gesundheitssystem haben und nicht ein Gesundheitssystem, in dem nur der Staat, nur die Regierung und nur Parlamente bestimmen.

Es gibt wichtige Entscheidungen im Gesundheitssystem, die für die Arbeitsbedingungen von Menschen, die im Gesundheitssystem arbeiten, von großer Bedeutung sind, bei denen die Politik gar nicht am Tisch sitzt.

Das mächtigste Gremium der deutschen Gesundheitspolitik ist der Gemeinsame Bundesausschuss. Darin sitzen Ärzte, darin sitzen die Krankenkassen, darin sitzen die Krankenhäuser.

Ich freue mich darüber, dass im Koalitionsvertrag der Ampel steht, dass man das ändern will und die Pflege in den G-BA kommen soll. Das stand im Übrigen auch im Wahlprogramm meiner Partei zur Bundestagswahl.

Dritter Punkt: Wenn in Nordrhein-Westfalen über den Personalschlüssel in Altenheimen geredet wird, dann treffen sich die Träger von Altenheimen, die Wohlfahrtsseite, die private Seite. Dazu kommen die kommunalen Spitzenverbände für die Sozialhilfe und die Pflegekasse. Da wird über den Personalschlüssel in Altenheimen entschieden. Da sitzt keine Pflege am Tisch.

Der Deutsche Bundestag entscheidet, richtigerweise, Personaluntergrenzen in der Pflege in den Krankenhäusern einzuführen. Über die Frage, wie die Personaluntergrenzen bemessen werden, wie sie eingeführt werden, wie sie ausgestaltet werden, entscheiden Menschen, aber die Pflege sitzt nicht mit am Tisch.

Deswegen sollten wir uns doch über eines im Klaren sein: Wenn man die Situation der Pflege in diesem Land verändern will, dann muss die Pflege mit am Tisch sitzen und sich selber vertreten.

(Beifall von der CDU, der FDP, Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] und Angela Lück [SPD] –
Jens-Peter Nettekoven [CDU]: Jawohl!)

Vierter Punkt: Die Pflege ist heute ohne Frage – das wird niemand infrage stellen – eine eigene Profession im Gesundheitssystem und hat auch einen wissenschaftlichen Hintergrund. Ich weiß noch, wie es war, als wir die Pflegeversicherung eingeführt haben. In keiner Anhörung des Deutschen Bundestages

waren die Pflegewissenschaften vertreten, weil es sie noch gar nicht gab. Damals schrieben wir das Jahr 1993. All das ist danach entstanden.

Warum kann die Pflege vor diesem wissenschaftlichen Hintergrund ihre eigene Profession nicht selbst weiterentwickeln, wie es im Handwerk seit Jahrhunderten der Fall ist? Die machen das ziemlich gut. Nein, bei der Pflege entscheidet die Politik über Lerninhalte, über Kolloquien, über das, was in einer Prüfung gemacht werden muss.

(Angela Lück [SPD]: Und über die Kammer auch!)

Ist das richtig?

Wenn Sie diese Dinge in die Selbstverwaltung der Pflege geben wollen, dann ist nun mal in Deutschland und auch in Österreich – ich glaube, das sind die einzigen Länder, in denen das so ist – die Kammer eine Idee, über die wir das organisieren.

Deswegen bin ich froh, dass es die Pflegekammer in Nordrhein-Westfalen gibt. Die steht im Gesetz, und sie ist konstituiert.

Heute geht es um Folgendes: Wenn sich, egal aus welchen Gründen, von 220.000 Pflegekräften knapp 60.000 haben registrieren lassen, um dann in eine Wahl zu gehen, damit wir am 1. März eine Kammerversammlung haben, dann würde ich mir schon wünschen – und deswegen bin ich dankbar, dass wir das heute hier machen können –, dass man dafür eine größere Grundlage hat.

Außerdem ist die Registrierung wichtig, wenn man das machen will, was die Ampel gesagt hat, nämlich eine Vollbefragung der Pflegekräfte. Ohne Registrierung geht das nicht. Ich bin mal gespannt, wie das in anderen Bundesländern organisiert werden soll. Es wird noch relativ viel Wasser den Rhein runterfließen, bis überhaupt eine solche Urbefragung in ganz Deutschland stattfinden kann. Sie müssen erst mal noch in 15 anderen Ländern – gut, in Rheinland-Pfalz nicht, also in 14 Ländern – alles registrieren. Ob ich so lange warten will, weiß ich nicht.

Deswegen hoffe ich sehr, dass die Zeit, bis eine umfangreichere Registrierung da ist und die Kammervahlen stattfinden können, genutzt wird und mehr die Gemeinsamkeiten gesucht werden als das Trennende. Es wäre den Pflegekräften zu wünschen.

Es wäre auch zu wünschen, dass die Interessenvertretung in der Selbstverwaltung des Gesundheitssystems kein Kampf zwischen ver.di und anderen wird. Es kann sehr wohl ein gutes Miteinander von Gewerkschaften und Menschen geben, die sich eine Kammer vorstellen können.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Das machen uns die Gewerkschaften bei den Ärzten vor. Das macht uns der Deutsche Bauernverband in

der Landwirtschaft vor. Das machen uns die Gewerkschaften vor, wenn ich etwa an die Handwerkskammern denke,

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

in denen alle Vizepräsidenten von der Arbeitnehmerseite gestellt werden. In zwei Kammern gehören sie Kolping an, in anderen Kammern gehören sie den DGB-Gewerkschaften an.

Jetzt geben Sie bitte einfach mal diesen Kampf auf, und suchen Sie das Gemeinsame. Denn ansonsten werden wir unserer Verantwortung nicht gerecht, dass die Pflege zu einer vernünftigen Interessenvertretung kommt. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich bin froh, dass wir dieses Gesetz hinkriegen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Laumann. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, der guten Ordnung halber: Die Landesregierung hat die Redezeit um 1 Minute 42 Sekunden überzogen. Vor dem Hintergrund sei gefragt, ob es noch Redebedarf und Aussprachebedarf gibt. – Von Herrn Abgeordnetem Mostofizadeh. Bitte, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Mehrdad Mostofizadeh* (GRÜNE): Es geht auch ganz schnell, liebe Kolleginnen und Kollegen. – Frau Präsidentin! Ich will nur sagen, was mich tatsächlich stört, Herr Minister.

Wir werden uns bei dem Punkt enthalten, weil ich glaube, dass Sie den Prozess, wenn, dann früher hätten ändern müssen und vielleicht auch die Pflegekammerkosten für ein Jahr hätten übernehmen müssen. Sonst kriegt es ein Geschmäcke. Deswegen geben Sie möglicherweise genau durch diesen Vorgang den Kolleginnen und Kollegen recht, die sagen: Ja, dann ist es doch wie ein Moratorium.

Ich kann nur sagen, wir hätten es ein Stück weit anders gemacht. Deswegen werden wir uns an der Stelle enthalten. Alle anderen Argumente sind ausgetauscht. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, das war die zweite Lesung des Gesetzes zur Umsetzung des Anästhesietechnische- und Operationstechnische-Assistenten-Gesetzes in Nordrhein-Westfalen. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir sind am Schluss der Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung, und zwar erstens über den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/16059. Ich darf fragen, wer

diesem Änderungsantrag zustimmen möchte. – Das sind die Fraktionen von CDU und FDP, wie angekündigt der SPD und der Fraktion der AfD. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Bei den Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen, ebenfalls wie angekündigt. Damit stelle ich fest, dass dieser **Änderungsantrag Drucksache 17/16059** eine große Mehrheit in diesem Haus gefunden hat.

Damit sind wir zweitens bei der Abstimmung über die Beschlussempfehlung Drucksache 17/15918. Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales empfiehlt, den Gesetzentwurf Drucksache 17/14303 mit den in seiner Beschlussempfehlung näher bezeichneten Änderungen anzunehmen. Dann müssen wir noch berücksichtigen, dass wir gerade eine Änderung vorgenommen haben. Deswegen stimmen wir jetzt über den Gesetzentwurf in der Fassung des Ausschusses, ergänzt um die Änderung, die wir gerade hier im Plenum vorgenommen haben, ab.

Ich darf fragen, wer diesem Gesetzentwurf so zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der AfD. Gegenstimmen? Das ist jetzt sozusagen die Kontrollfrage. – Enthaltungen? – Beides nicht der Fall. Dann ist der **Gesetzentwurf Drucksache 17/14303 in der geänderten Fassung** einstimmig so **angenommen** worden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit kommen wir zu:

13 Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Rentengüter

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/15823

erste Lesung

In Verbindung mit:

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Rentengüter

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/15823

zweite Lesung

Hier werden die Reden zu Protokoll gegeben (*Anlage 2*).

Somit können wir unmittelbar zur Abstimmung über den Gesetzentwurf in der ersten Lesung kommen. Ich darf fragen, wer dem Gesetzentwurf in erster Lesung zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten von CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und AfD. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Ebenfalls keine. Dann ist dieser **Gesetzentwurf**